



Bonn, 02.10.2017

Bericht

SDSN Germany tagt zu nachhaltiger Entwicklung in neuer Legislaturperiode

Drei Tage nach der Bundestagswahl stand der Stellenwert nachhaltiger Entwicklung in der neuen Legislaturperiode im Mittelpunkt der Sitzung des Erweiterte Lenkungsausschusses von SDSN Germany am 27. September 2017 im Umweltbundesamt in Berlin. Die beiden Co-Vorsitzenden von SDSN Germany, **Dirk Messner** und **Gesine Schwan**, und **Kora Kristof**, Abteilungsleiterin im Umweltbundesamt begrüßten die knapp vierzig Teilnehmenden aus sehr unterschiedlichen gesellschaftliche Bereichen. **Adolf Kloke-Lesch**, geschäftsführender Direktor von SDSN Germany, zeichnete ein eher [gemischtes Bild der Rolle nachhaltiger Entwicklung](#) im Bundestagswahlkampf und stellte den von SDSN Germany direkt nach dem Wahlwochenende veröffentlichten [Aufruf](#) an den neuen Bundestag und die nächste Bundesregierung vor, der eine zentrale Verankerung der 2030 Agenda für nachhaltige Entwicklung im Koalitionsvertrag anmahnt.

Bärbel Höhn, MdB und Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, forderte in ihrer Keynote „Umsetzung der 2030 Agenda – Was müssen Bundestag und Bundesregierung in den nächsten vier Jahren schaffen?“, dass Nachhaltigkeit in jedem Ministerium zur Chefsache werden müsse und nicht an Koordinationsmechanismen zwischen den Ministerien ausgelagert werden dürfe. Der Abbau der zuletzt wieder gestiegenen umweltschädlichen Subventionen sei ein wichtiges Instrument der Umsetzung von Nachhaltigkeitspolitik. Die internationale Dimension der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie sei in vielen Bereichen noch stark vernachlässigt, besonders zum Beispiel beim Ziel 2 (Beendung des Hungers und nachhaltige Landwirtschaft). Bärbel Höhn rief dazu auf, den Einsatz für nachhaltige Entwicklung zu einer Bewegung in der Gesellschaft werden zu lassen.

Werner Hesse, Geschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, stellte in seinem Impulsbeitrag heraus, dass die 2030 Agenda als Begriff in der deutschen sozialpolitischen Diskussion noch nicht breit genug angekommen sei. Gleichzeitig betonte er Schlüsselherausforderungen für die nächste Wahlperiode, die auch im Zentrum von 2030-Zielen stehen wie die Teilhabe behinderter Menschen, Kinder- und Altersarmut oder gesellschaftliche und regionale Disparitäten. Eine Gesellschaft, die um Zusammenhalt ringe, dürfe niemanden zurücklassen.

Karsten Neuhoff, Abteilungsleiter Klimapolitik beim DIW Berlin, stellte innovative Politikinstrumente auf dem Weg der Transformation hin zur CO₂-Neutralität vor. Er forderte klarere Orientierung für die Wirtschaft in den Zielkorridoren (1,5° bis 2,0° bzw. 80 bis 95 Prozent Treibhausgasemissionen bis 2050). Konkret schlug er die Einbeziehung des Konsums emissionsintensiver Grundstoffe in den Emissionshandel vor und sah in Risikoabsicherung die zentrale Aufgabe der Förderinstrumente für erneuerbare Energien.

Hermann Ott, Präsidiumsmitglied des Deutschen Naturschutzrings (DNR), stellte die Frage, was nach der Wahl von der Nachhaltigkeitsagenda bliebe. Nach dem Einzug einer rechtspopulistischen, offen nachhaltigkeitsfeindlichen Partei in den Bundestag müssten Netzwerke wie SDSN Germany ihr Engagement verstärken und sich dabei auf in der Gesellschaft breit aufgestellte Partner stützen. Für die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen plädierte er für eine Konzentration auf stärkere institutionelle Verankerung der 2030 Agenda in Bundestag und Bundesregierung.



In der anschließenden lebhaften Diskussion gab es aus allen Bereichen viel Unterstützung für die im Aufruf von SDSN Germany geforderten strukturellen Aufwertungen der Nachhaltigkeitspolitik. Die 2030 Agenda und eine konsequente Nachhaltigkeitspolitik seien, so viele Teilnehmer, die richtigen Antworten auf die gesellschaftlichen und globalen Krisen. Politik und Gesellschaft müsse jetzt aber den Schwerpunkt des Engagements von den Zielen auf die Maßnahmen verlagern. Dabei stellten sich Ungleichheit und Disparitäten immer deutlicher als Bremser von Nachhaltigkeit heraus. Der notwendige Wirtschaftsstrukturwandel müsse sozialverträglich gestaltet werden. In diesem Zusammenhang wurde auch auf die Unverzichtbarkeit der Parteien hingewiesen, die aber Langfristigkeit besser lernen müssten. Gleichzeitig wiesen Vertreter aus Gesellschaft und Politik auch auf ermutigende Dynamiken in vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft hin, in den Städten und den Kirchen, bei privaten Stiftungen und in der Bildung für nachhaltige Entwicklung. Wenn der Kulturwandel in Politik und Gesellschaft gelingen solle, müssten ungewöhnliche und neue Allianzen gewagt werden.

Abschließend dankten die beiden Co-Vorsitzenden von SDSN Germany, Dirk Messner und Gesine Schwan, für die sehr fruchtbare Diskussion und luden zur anstehenden [4. Deutschen SDSN-Versammlung am 26. Oktober 2017](#) ein. Dort werde insbesondere auch der Dialog mit der Politik im Mittelpunkt stehen. Die Versammlung könne dankenswerterweise im Haus der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Berlin stattfinden.